

Ausgabe Nr. 18 / 17.10.2003

In aller Kürze

➤ Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird vor allem durch die konjunkturabhängigen Bewegungen zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit bestimmt. 2002 stiegen die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus abhängiger Beschäftigung um 5,7 % auf knapp 3,5 Mio. an, während die Abgänge um 1,1 % auf 2,9 Mio. zurückgingen. Darunter waren rund 430.000 mit finanziellen Hilfen der BA.

➤ Insgesamt gab es 2002 mehr Übergänge in Maßnahmen der BA als im Vorjahr – lediglich die Abgänge in ABM und SAM gingen zurück. Im laufenden Jahr nahmen auch die geförderten Abgänge in den ersten Arbeitsmarkt und in Bildungsmaßnahmen ab. Die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit wird jedoch weiterhin vermehrt gefördert.

➤ Die Übergänge in Stille Reserve und Nichterwerbstätigkeit haben bis zuletzt stark zugenommen. Neben der schlechten Konjunktur spielen hier auch Forderungen nach mehr Eigeninitiative der Arbeitslosen eine zunehmende Rolle. Allerdings gibt es auch Gegenströme, die auf gewisse „Drehtüreffekte“ hinweisen.

➤ Neben erheblicher Dynamik gibt es am Arbeitsmarkt aber auch Verkrustung: Im Dezember 2002 waren etwa 32 % aller Arbeitslosen seit mindestens einem Jahr arbeitslos. Dies stellt eine erhebliche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung dar.

Autor/in

Thomas Rothe

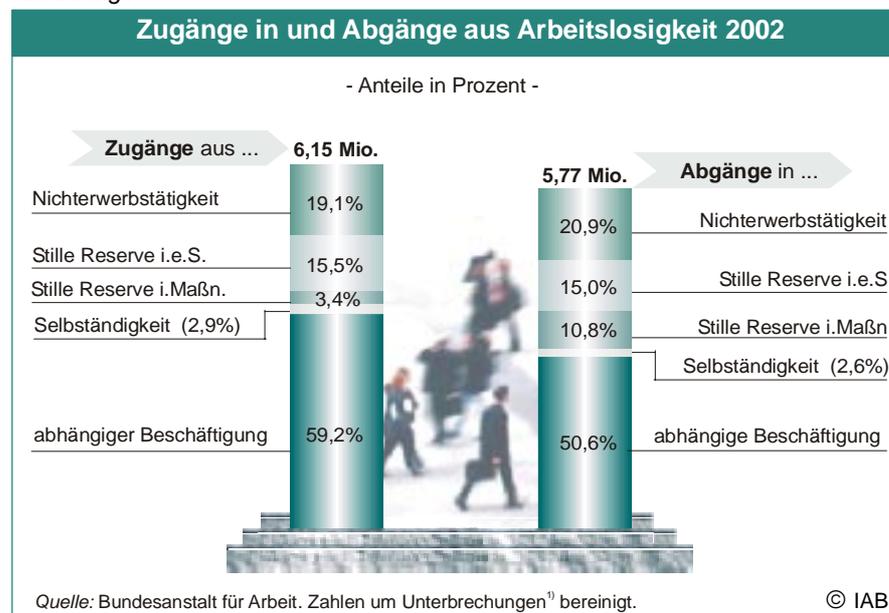
Dynamik am Arbeitsmarkt

Viel Bewegung trotz Flaute

Auch bei wirtschaftlicher Schwäche und hohem Arbeitslosenbestand gibt es beachtliche Ströme in und aus Arbeitslosigkeit – Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung zeigt den Einfluss der Konjunktur und Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik

Die Berichterstattung über den aktuellen Bestand an Arbeitslosen gehört seit langem zum monatlichen Ritual in den Massenmedien. Weniger Beachtung finden dagegen die *Stromgrößen*. Betrachtet man die Bewegungen am Arbeitsmarkt, die den Bestandsgrößen (2002: durchschnittlich rund 4 Mio. Arbeitslose) zugrunde liegen, so gab es während des vergangenen Jahres 6,15 Mio. Zugänge in bzw. 5,77 Mio. Abgänge aus Arbeitslosigkeit.¹ Die Zahl neubegonnener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse wird auf etwa 8 Mio. für das Jahr 2002 geschätzt.² Auch bei anhaltend hoher und tendenziell steigender Unterbeschäftigung ist der Arbeitsmarkt also in Bewegung. Die Arbeitsmarktpolitik kann u.a. dann einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten, wenn sie die Bewegungsprozesse beschleunigt und langanhaltende Arbeitslosigkeit bekämpft bzw. idealerweise verhindert.

Abbildung 1



¹ Um Unterbrechungen wegen Krankheit (ab dem ersten Tag) oder Umzug in einen anderen Arbeitsamtsbezirk bereinigt. Unter Einbeziehung dieser eher formalen Gründe gab es im Jahr 2002 insgesamt 7,4 Mio. Zu- und 7,2 Mio. Abgänge in/aus Arbeitslosigkeit.

² Da die Beschäftigtenstatistik auf Betriebsmeldungen beruht, liegen die Daten erst mit Verzögerung vor und können am aktuellen Rand nur geschätzt werden (Bundesanstalt für Arbeit 2003a).

Woher kommen und wohin gehen die Arbeitslosen?

Die meisten Personen, die sich im Jahr 2002 arbeitslos meldeten, gingen vorher einer Erwerbstätigkeit nach. Sie waren also auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt abhängig beschäftigt (59,2 %) oder selbständig tätig (2,9 %). Lediglich 3,4 % kamen aus der Stillen Reserve in Maßnahmen (insb. Förderung der beruflichen Weiterbildung und Deutschsprachlehrgänge). Etwa jeder Dritte (34,6 %) war unmittelbar vor der Arbeitslosigkeit nicht erwerbstätig. Es handelte sich hier beispielsweise um Berufsrückkehrer und Berufsanfänger, um

Personen, die sich nach einem Meldeversäumnis oder einer Sperrzeit beim Arbeitsamt zurückmeldeten, oder um Personen, die vorher in schulischen Ausbildungsgängen waren (vgl. **Abbildung 1 auf Seite 1 und Kasten unten**).

Etwa die Hälfte aller Abgänge aus Arbeitslosigkeit (50,6 %) mündeten direkt in abhängige Beschäftigung auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt. Weitere 2,6 % machten sich selbständig, häufig mit Überbrückungsgeld unterstützt. Jeder zehnte (10,8 %) der vormals Arbeitslosen wurde in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (FbW) der BA vermittelt oder war älter und erhielt Arbeitslosengeld oder -hilfe unter erleichterten Vor-

aussetzungen nach § 428 SGB III. Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen ging ab in die „Stille Reserve im engeren Sinn“ bzw. in „sonstige Nichterwerbstätigkeit“. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass gerade bei angespannter Arbeitsmarktlage viele Arbeitslose resigniert die Stellensuche aufgeben. Allerdings werden seit dem Frühjahr 2002 auch höhere Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt („Fördern und Fordern“). Deshalb ziehen sich insbesondere Nichtleistungsempfänger – zumindest vorübergehend – vom Arbeitsmarkt zurück. Eine systematische Aktualisierung der Bewerberbestände der Arbeitsämter bewirkte insbesondere mehr Abgänge wegen „Nichterneuerung der Meldung“ oder wegen „fehlender Mitwirkung“.³

Erläuterungen zur Bewegungsanalyse

Im Vergleich zu den sich eher träge ändernden Bestandsgrößen des Arbeitsmarkts ist die darin herrschende Dynamik enorm. Obwohl sich die Änderungen der Aggregate des Arbeitsmarkts aus den Stromgrößen ergeben, werden diese oft wenig beachtet. Die vorliegende Analyse der Bewegungen in und aus Arbeitslosigkeit beleuchtet somit ein Feld, das für das Verständnis des Arbeitsmarktes von großer Bedeutung ist. Dazu werden ausschließlich Daten aus der Zu- und Abgangsstatistik der BA verwendet, die von den Fachkräften in den Arbeitsämtern erstellt werden und in den Amtlichen Nachrichten der BA bzw. den Monatsberichten veröffentlicht werden.

In der Zu- und Abgangsstatistik werden Fälle gezählt, nicht Personen. Meldet sich eine Person innerhalb einer Periode mehrfach arbeitslos, so resultieren daraus mehrere Zu- und Abgänge.

Zum ersten Arbeitsmarkt gehören alle abhängig Beschäftigten, soweit sie sich nicht in Ausbildung befinden oder im zweiten Arbeitsmarkt (s. u.) beschäftigt sind. Enthalten sind auch Personen, deren Einstellung mit Hilfe von Eingliederungszuschüssen, Lohnkostenzuschüssen u.ä. gefördert wurde.

Der zweite Arbeitsmarkt umfasst insbesondere Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (ABM; SAM). Betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungen sowie Selbständige (und mithelfende Familienangehörige) werden getrennt ausgewiesen.

Zur Stillen Reserve zählen Personen, die sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, aber bei besserer Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden („Stille Reserve im engeren Sinn“) sowie Personen, die an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilnehmen oder Ältere, die nach § 428 SGB III Arbeitslosengeld oder -hilfe unter erleichterten Voraussetzungen beziehen („Stille Reserve in Maßnahmen“). In der Gruppe der „Nichterwerbspersonen“ sind schulische Ausbildungen, Ruhestand und alle übrigen Nichterwerbspersonen zusammengefasst.

Die Zugänge in und die Abgänge aus „Stiller Reserve im engeren Sinn“ und „sonstiger Nichterwerbstätigkeit“ lassen sich analytisch nur schwer trennen, da die genauen Ziel- und Herkunftskonten den Mitarbeitern der Arbeitsämter häufig nicht bekannt sind. Deshalb wurde für die von der BA-Statistik ausgewiesenen Ströme in und aus „sonstiger Nichterwerbstätigkeit“ sowie „sonstige Gründe bzw. ohne Nachweis“ eine gleichmäßige Aufteilung angenommen.

Bei etwa 20 % aller Zu- und Abgänge bei Arbeitslosigkeit handelt es sich lediglich um kurzfristige Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit wegen Krankheit (ab dem ersten Tag) oder Umzug in einen anderen Arbeitsamtsbezirk. Die Daten wurden um derartige Unterbrechungen bereinigt. Eine tiefere Analyse des Gesundheitszustands arbeitsloser Personen findet sich bei Holleder (2002) (zur Analyse der Bewegungen in und aus Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung von Unterbrechungen vgl. auch Autorengemeinschaft 2003: 20 ff.).

Bei schwacher Konjunktur weniger Übergänge in Arbeit

Wie empirische Analysen – z.B. anhand der IAB-Beschäftigtenstichprobe – zeigen, verlaufen sowohl die Eintritte in als auch die Austritte aus Beschäftigung prozyklisch (Erlinghagen/ Knuth 2002). Das bedeutet einerseits, dass Beschäftigte während einer Wirtschaftsflaute darauf bedacht sind, ihre Stelle nicht zu verlieren oder gar freiwillig zu verlassen. Andererseits haben Arbeitslose weniger Gelegenheit, sich auf offene Stellen zu bewerben und diese schließlich zu besetzen. Auf den Höhepunkten von Konjunkturzyklen werden dagegen mehr neue Arbeitsplätze geschaffen als wegfallen: Die Aussicht auf eine Lohnerhöhung oder Verbesserung der Arbeitsplatzsituation lässt dann auch die Zahl der freiwilligen Kündigungen und der neuen Beschäftigungskontrakte steigen. Dadurch entstehen sog. Einstellungs- oder Wiederbesetzungsketten, die die gesamtwirtschaftliche Mobilität weiter erhöhen. Denn Arbeitsplatzwechsel ziehen häufig Vakanzen nach sich. Nicht selten entsteht so ein „Dominoeffekt“ und die Kette wird immer länger, bis schließlich eine Person aus der Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit eine frei gewordene Stelle besetzt. „Da beschäftigte Arbeitnehmer Arbeitsplatzwechsel zum Auf-

³ Zur ausführlichen Analyse dieser Abgangsgründe sowie der von den Arbeitsämtern verhängten Sperrzeiten s. Autorengemeinschaft 2003: 24 ff.

stieg nutzen, erreichen lange Einstellungsketten schließlich auch die geringer qualifizierten Arbeitnehmer, die in Perioden hoher Arbeitslosigkeit und kurzer Einstellungsketten nur schwer Beschäftigung finden“ (Schettkat 1997: 155).

Arbeitsmarktpolitik fördert Bewegungen am Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktpolitische Instrumente haben häufig zum Ziel, Bewegungen am Arbeitsmarkt zu stimulieren. Klassische arbeitsmarktpolitische Instrumente – wie Lohnkostenzuschüsse, Förderung beruflicher Weiterbildung, ABM oder auch Förderung von Existenzgründungen – sollen Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung fördern.

Seit Anfang 2002 kommt der Betrachtung von Stromgrößen des Arbeitsmarktes besondere Bedeutung zu. Denn mit dem Job-AQTIV-Gesetz rückte der Gesetzgeber die Aktivierung und Qualifizierung von Arbeitslosen in den Mittelpunkt, also letztlich deren Übergänge in Erwerbstätigkeit. Die BA unterstützt diese Ziele mit einer Vermittlungsoffensive, um eine verbesserte und beschleunigte Vermittlung Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Diese Bemühungen werden durch den Einsatz zusätzlicher Arbeitsvermittler in den Arbeitsämtern und die verstärkte Einbeziehung Dritter (privater Vermittlungsagenturen) noch unterstützt.

Mit dem Job-AQTIV-Gesetz sollen Arbeitslose einerseits effektiver gefördert werden. Andererseits wird von ihnen aber auch mehr Eigenverantwortung und Engagement bei der Stellensuche erwartet. So ist z.B. die neueingeführte Eingliederungsvereinbarung (§ 35 Abs. 4 SGB III) ein zentrales Element des Job-AQTIV-Gesetzes. Durch eine verbindliche Vereinbarung zwischen Arbeitsamt und Arbeitslosen, der ein intensives Profiling⁴ vorangehen sollte, werden die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamts und die Eigenbemühungen des Arbeitslosen festgelegt. Damit wird das Prinzip des „Förderns und Forderns“ um-

⁴ Die nach § 6 SGB III vorgeschriebene frühzeitige Erstellung von Bewerber-Profilen und die Zuordnung von Vermittlungsstrategien wird inzwischen allgemein als Profiling bezeichnet (Rudolph / Müntnich 2001).

Abbildung 2

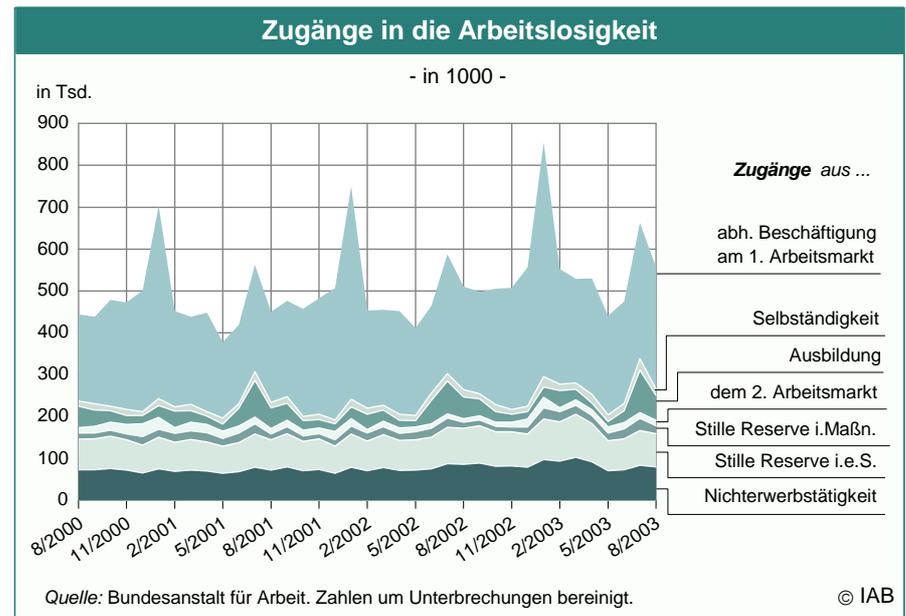
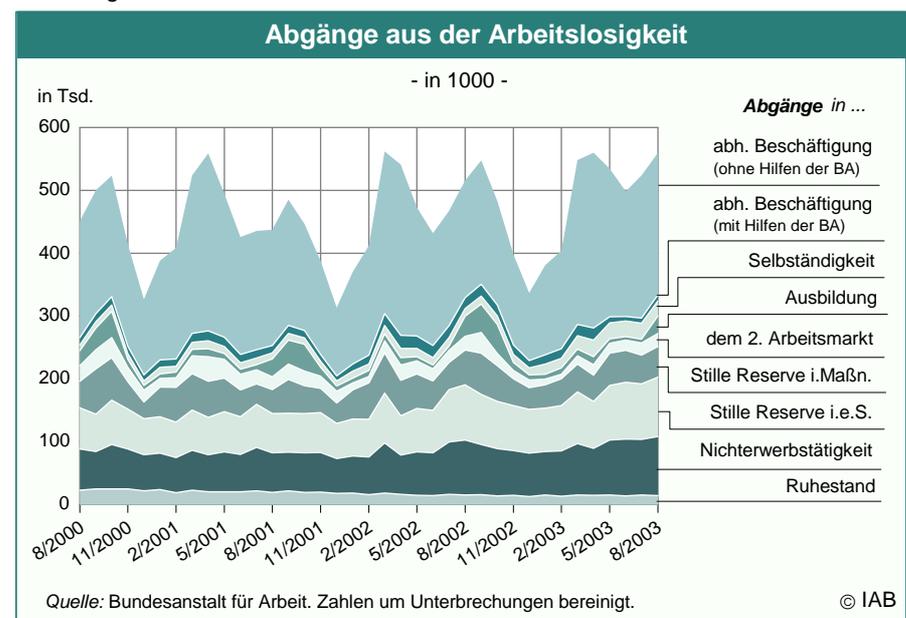


Abbildung 3



gesetzt und die Effektivität der Vermittlungstätigkeit erhöht. Allerdings fallen die Aktivitäten der BA mit einer ausgeprägten konjunkturellen Schwächephase zusammen. Die Erfolgsaussichten dieser Bemühungen sind dadurch eingeschränkt.

Abgänge aus Arbeitslosigkeit gleichen Zugänge nicht aus

Im Folgenden stehen *Veränderungen* der Ströme in und aus Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Für eine differenzierte Analyse werden die Bewegungen zwischen Herkunfts- und Zielkonten weiter

untergliedert und nach Ost- und Westdeutschland getrennt dargestellt (vgl. **Tabelle auf Seite 4**). Ein Blick auf Zu- und Abgänge bei der Arbeitslosigkeit zwischen August 2000 und August 2003 zeigt neben saisonalen Schwankungen eine leicht steigende Tendenz der Bewegungshäufigkeit im Beobachtungszeitraum (**Abbildungen 2 und 3**).

Von größter Bedeutung für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sind die Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2002 sind deutschlandweit 3,45 Mio. Personen arbeitslos geworden, die unmittelbar vorher einer abhängigen Beschäftigung

nachgegangen waren (+ 5,7 %). Dabei zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen dem ersten und dem zweiten Arbeitsmarkt. So stiegen die Arbeitslosmeldungen von Personen, die vorher am ersten Arbeitsmarkt beschäftigt waren, um 8,3 % gegenüber 2001 auf 3,3 Mio. an. Im ersten Halbjahr 2003 setzt sich diese Tendenz fort (+ 12,6 %).⁵

Dem gegenüber hatten sich im Jahr 2002 die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus dem zweiten Arbeitsmarkt stark reduziert (- 31,7 % auf 143.000). Dieser Rückgang reflektiert im Wesentlichen die kräftige Abnahme der Eintritte in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen in Ost- und Westdeutschland in den

Jahren 2001 und 2002. Denn ein Teil der geförderten Personen wird nach der Maßnahme wieder arbeitslos. Es handelt sich somit teilweise um verzögerte Reaktionen auf eine geänderte Schwerpunktsetzung in der Arbeitsmarktpolitik. Allerdings wirkt sich offensichtlich auch die schlechte Gesamtsituation negativ auf die Beschäftigungschancen nach Beendigung einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme aus. Insgesamt waren im laufenden Jahr wieder mehr Arbeitslosenzugänge aus dem zweiten Arbeitsmarkt zu verzeichnen (+ 29,5 %).

Auch die Zugänge in Arbeitslosigkeit von Personen, die vorher einer selbständigen Tätigkeit nachgingen, stiegen im

Vergleich zu 2001 insgesamt um 11,1 % (1. Hj. 2003: + 21,9 %). Diese Zunahme lässt sich im Wesentlichen mit der hohen Zahl an Insolvenzen erklären, die durch das geringe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre verursacht wurde. Auf der anderen Seite waren aber auch er-

⁵ Seit Januar 2003 werden Zugänge aus Erwerbstätigkeit auch als solche erfasst, wenn die Beschäftigung zwischen einem und drei Monate zurückliegt. Bisher wurden diese verspäteten Übergänge als Zugänge aus sonstiger Nichterwerbstätigkeit ausgewiesen. Im ersten Halbjahr 2003 betraf dies bundesweit gut 100.000 Arbeitslosmeldungen (siehe Monatsberichte der BA). D.h. die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus dem ersten Arbeitsmarkt nahmen zwar weiterhin zu, jedoch in geringerem Maße.

Zugänge in und Abgänge aus registrierter Arbeitslosigkeit in den Jahren 2001, 2002 und im 1. Halbjahr 2003

| | Westdeutschland | | | | | Ostdeutschland | | | | | Deutschland | | | | |
|--|-----------------|----------|--------------|----------|--------------|----------------|----------|--------------|----------|--------------|-------------|----------|--------------|----------|--------------|
| | 2001 | | 2002 | | 2003* | 2001 | | 2002 | | 2003* | 2001 | | 2002 | | 2003* |
| | in 1.000 | in 1.000 | Veränd. in % | in 1.000 | Veränd. in % | in 1.000 | in 1.000 | Veränd. in % | in 1.000 | Veränd. in % | in 1.000 | in 1.000 | Veränd. in % | in 1.000 | Veränd. in % |
| Zugänge in Arbeitslosigkeit aus ... | | | | | | | | | | | | | | | |
| Erwerbstätigkeit | 2.425,8 | 2.652,9 | 9,4 | 1.444,5 | 16,3 | 1.199,5 | 1.165,0 | -2,9 | 678,2 | 7,0 | 3.625,3 | 3.817,8 | 5,3 | 2.122,7 | 13,2 |
| Selbständigen und Mithelfenden | 97,9 | 114,4 | 16,8 | 69,3 | 30,5 | 61,9 | 63,2 | 2,1 | 39,7 | 9,2 | 159,9 | 177,7 | 11,1 | 109,0 | 21,9 |
| beschäft. Arbeitnehmer (o. Azubi) | 2.205,1 | 2.416,5 | 9,6 | 1.317,0 | 16,0 | 1.058,7 | 1.034,9 | -2,2 | 612,8 | 8,0 | 3.263,8 | 3.451,4 | 5,7 | 1.929,9 | 13,3 |
| Erster Arbeitsmarkt | 2.175,3 | 2.394,9 | 10,1 | 1.303,7 | 15,7 | 878,9 | 913,2 | 3,9 | 536,4 | 5,9 | 3.054,2 | 3.308,2 | 8,3 | 1.840,1 | 12,6 |
| Zweiter Arbeitsmarkt | 29,8 | 21,6 | -27,6 | 13,3 | 53,5 | 179,8 | 121,7 | -32,3 | 76,5 | 26,0 | 209,6 | 143,3 | -31,7 | 89,8 | 29,5 |
| betr./außerbetr. Ausbildung | 122,7 | 122,0 | -0,6 | 58,2 | 10,1 | 78,8 | 66,8 | -15,3 | 25,6 | -15,7 | 201,6 | 188,8 | -6,3 | 83,8 | 0,7 |
| Stille Reserve | 778,4 | 839,0 | 7,8 | 448,2 | 12,3 | 302,1 | 322,4 | 6,7 | 216,1 | 7,1 | 1.080,5 | 1.161,4 | 7,5 | 664,2 | 10,6 |
| im engeren Sinn | 673,9 | 737,6 | 9,4 | 386,5 | 10,3 | 187,1 | 215,8 | 15,4 | 143,8 | 5,9 | 861,0 | 953,4 | 10,7 | 530,4 | 9,1 |
| in Maßnahmen | 104,6 | 101,4 | -3,0 | 61,6 | 26,3 | 115,0 | 106,5 | -7,3 | 72,2 | 9,7 | 219,5 | 208,0 | -5,3 | 133,9 | 16,8 |
| Nichterwerbspersonen | 817,9 | 876,0 | 7,1 | 423,3 | 4,7 | 251,8 | 297,8 | 18,3 | 170,7 | -3,3 | 1.069,7 | 1.173,8 | 9,7 | 594,0 | 2,3 |
| schulischer Ausbildung | 144,0 | 138,5 | -3,9 | 36,7 | -31,9 | 64,7 | 82,0 | 26,7 | 26,8 | -34,1 | 208,7 | 220,4 | 5,6 | 63,6 | -32,9 |
| sonst. Nichterwerbspersonen | 673,9 | 737,6 | 9,4 | 386,5 | 10,3 | 187,1 | 215,8 | 15,4 | 143,8 | 5,9 | 861,0 | 953,4 | 10,7 | 530,4 | 9,1 |
| Zugänge insgesamt | 4.022,1 | 4.367,9 | 8,6 | 2.315,9 | 13,2 | 1.753,4 | 1.785,1 | 1,8 | 1.064,9 | 5,2 | 5.775,4 | 6.153,0 | 6,5 | 3.380,9 | 10,6 |
| Abgänge aus Arbeitslosigkeit in ... | | | | | | | | | | | | | | | |
| Erwerbstätigkeit | 1.992,7 | 2.040,7 | 2,4 | 1.145,6 | 8,3 | 1.074,4 | 1.034,3 | -3,7 | 595,2 | 2,4 | 3.067,1 | 3.075,0 | 0,3 | 1.740,9 | 6,2 |
| Selbständige und Mithelfende | 86,1 | 112,1 | 30,2 | 93,1 | 76,7 | 36,9 | 39,5 | 7,1 | 37,0 | 64,0 | 123,0 | 151,7 | 23,3 | 130,1 | 72,9 |
| mit Überbrückungsgeld | 61,6 | 83,5 | 35,5 | 50,4 | 27,4 | 29,1 | 30,7 | 5,6 | 18,3 | 4,2 | 90,7 | 114,1 | 25,9 | 68,8 | 20,3 |
| beschäft. Arbeitnehmer (o. Azubi) | 1.885,6 | 1.900,6 | 0,8 | 1.046,1 | 4,6 | 1.024,7 | 978,5 | -4,5 | 555,1 | -0,2 | 2.910,3 | 2.879,2 | -1,1 | 1.601,2 | 2,9 |
| Erster Arbeitsmarkt | 1.816,7 | 1.839,6 | 1,3 | 1.028,1 | 5,4 | 810,5 | 808,9 | -0,2 | 494,2 | 2,9 | 2.627,2 | 2.648,6 | 0,8 | 1.522,3 | 4,6 |
| dar. ohne finanz. Hilfen der BA | 1.737,0 | 1.738,6 | 0,1 | 988,5 | 6,9 | 739,9 | 706,1 | -4,6 | 451,1 | 7,0 | 2.476,9 | 2.444,7 | -1,3 | 1.439,6 | 6,9 |
| mit Hilfen (u.a. EGZ) | 79,7 | 101,0 | 26,7 | 39,6 | -22,0 | 70,6 | 102,9 | 45,7 | 43,1 | -26,6 | 150,3 | 203,9 | 35,6 | 82,7 | -24,5 |
| Zweiter Arbeitsmarkt | 68,9 | 61,0 | -11,5 | 18,0 | -26,5 | 214,2 | 169,6 | -20,8 | 60,9 | -19,7 | 283,2 | 230,6 | -18,6 | 79,0 | -21,4 |
| betr./außerbetr. Ausbildung | 21,0 | 28,0 | 33,1 | 6,4 | 34,4 | 12,7 | 16,3 | 27,5 | 3,2 | 18,5 | 33,8 | 44,2 | 31,0 | 9,6 | 28,7 |
| Stille Reserve | 932,5 | 1.089,8 | 16,9 | 536,1 | 7,6 | 358,3 | 398,7 | 11,3 | 207,8 | -8,2 | 1.290,8 | 1.488,5 | 15,3 | 743,8 | 2,7 |
| im engeren Sinn | 595,1 | 696,4 | 17,0 | 364,6 | 17,6 | 140,3 | 167,7 | 19,5 | 111,7 | 25,8 | 735,5 | 864,1 | 17,5 | 476,3 | 19,4 |
| in Maßnahmen | 337,4 | 393,4 | 16,6 | 171,5 | -8,9 | 217,9 | 231,0 | 6,0 | 96,1 | -30,2 | 555,4 | 624,4 | 12,4 | 267,6 | -17,9 |
| Fort- und Weiterbildung | 298,9 | 315,4 | 5,5 | 94,3 | -40,6 | 195,9 | 191,2 | -2,4 | 53,8 | -55,2 | 494,8 | 506,6 | 2,4 | 148,1 | -46,9 |
| Sonderregelungen (u.a. §428) | 38,5 | 78,0 | 102,4 | 77,2 | 163,5 | 22,0 | 39,8 | 80,6 | 42,3 | 140,4 | 60,6 | 117,8 | 94,5 | 119,4 | 154,9 |
| Nichterwerbspersonen | 859,6 | 927,1 | 7,9 | 450,6 | 11,5 | 283,9 | 281,7 | -0,8 | 158,1 | 15,3 | 1.143,5 | 1.208,9 | 5,7 | 608,8 | 12,4 |
| schulische Ausbildung | 92,7 | 101,1 | 9,1 | 28,6 | 2,7 | 70,2 | 57,6 | -18,0 | 15,9 | -3,9 | 163,0 | 158,7 | -2,6 | 44,5 | 0,2 |
| sonst. Nichterwerbspersonen | 595,1 | 696,4 | 17,0 | 364,6 | 17,6 | 140,3 | 167,7 | 19,5 | 111,7 | 25,8 | 735,5 | 864,1 | 17,5 | 476,3 | 19,4 |
| den Ruhestand | 171,8 | 129,6 | -24,5 | 57,5 | -13,5 | 73,3 | 56,4 | -23,1 | 30,5 | -4,1 | 245,1 | 186,0 | -24,1 | 88,0 | -10,4 |
| Abgänge insgesamt | 3.784,9 | 4.057,6 | 7,2 | 2.132,3 | 8,8 | 1.716,6 | 1.714,8 | -0,1 | 961,1 | 1,7 | 5.501,4 | 5.772,4 | 4,9 | 3.093,5 | 6,5 |

2001 und 2002: Westdeutschland inkl. Berlin-West, Ostdeutschland inkl. Berlin-Ost.

2003* = erstes Halbjahr 2003 (Januar bis Juni) und Veränderung gegen Vorjahreszeitraum: Westdeutschland ohne Berlin, Ostdeutschland inkl. Berlin.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. Eigene Berechnungen, Zahlen um Unterbrechungen bereinigt (siehe auch Kasten auf Seite 2).

heblich mehr Abgänge aus Arbeitslosigkeit in selbständige Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Dazu trug eine stärkere Nutzung des Überbrückungsgelds nach § 57 SGB III bei. So wurden im Jahr 2002 in Westdeutschland 35,5 % mehr Existenzgründer gefördert als im Vorjahr (Ost: + 5,6%). Seit Anfang 2003 werden darüber hinaus sog. Ich-AGs bezuschusst. Die Abgänge aus Arbeitslosigkeit in selbständige Beschäftigung nahmen im ersten Halbjahr 2003 nochmals um 72,9 % zu, die Förderung mit Überbrückungsgeld um 20,3 %.

Den Zugängen in Arbeitslosigkeit steht ein Strom vergleichbarer Größe gegenüber – die Abgänge aus Arbeitslosigkeit (*Abbildung 3*). Dabei handelt es sich häufig um die selben Personen. Denn innerhalb eines Jahres verlassen etwa 80 % der Zugänge den Bestand wieder (vgl. Karr 2002). Von den insgesamt 5,77 Mio. Abgängen aus Arbeitslosigkeit wechselten allein 2,65 Mio. in ein Beschäftigungsverhältnis am ersten Arbeitsmarkt. Die Summe dieser Übergänge blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Im ersten Halbjahr 2003 zeigt sich ein leichter Anstieg der Übergänge aus Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt (+ 4,6 %). Da die Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte stagnierte, dürften die vermehrten Übergänge in ungeforderte Beschäftigung (+ 6,9 %) zumindest in Teilen auf die stärkere Aktivierung von Arbeitslosen durch die Arbeitsämter zurückzuführen sein.

Im vergangenen Jahr haben die Abgänge aus Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt mit Hilfen der BA – insbesondere Eingliederungs- und Lohnkostenzuschüsse – noch kräftig zugelegt (+ 35,6 %), nicht zuletzt wegen der erleichterten Förderungsvoraussetzungen. Im ersten Halbjahr 2003 reduzierten sich dann jedoch die Übergänge in abhängige Beschäftigung mit den genannten Hilfen um 25,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Einerseits lässt sich das mit den relativ schlechten Beschäftigungschancen während der anhaltenden Wirtschaftsflaute erklären. Andererseits gibt es auch eine verstärkte Tendenz seitens der Arbeitsämter, möglichst diejenigen Arbeitslosen in Maßnahmen zu fördern, die sich nicht selbst helfen können. So können auch Mitnahmeeffekte vermieden werden.

Beschäftigungen auf dem zweiten Arbeitsmarkt wurden zunehmend seltener aufgenommen (2002: - 18,6 %; 1. Hj. 2003: - 21,4 %). Der seit Jahren anhaltende Rückgang der Förderung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen ist auch eine Reaktion auf ihre vergleichsweise bescheidenen Eingliederungserfolge.⁶

Rückzug vom Arbeitsmarkt ist oft nicht von langer Dauer

Im Jahr 2002 haben sich etwa 2,3 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, die vorher nicht erwerbstätig waren. Die Arbeitslosenzugänge aus der Stillen Reserve in Maßnahmen – insbes. aus Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen – waren zwar im Jahr 2002 leicht rückläufig (- 5,3 %), steigen jedoch seit Anfang 2003 wieder stark an (+ 16,8 %). So sind vor allem in Westdeutschland (+ 26,3 %) die Möglichkeiten zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach einer Qualifizierungsmaßnahme konjunkturbedingt wohl schlechter geworden.

Auf der anderen Seite gab es im vergangenen Jahr auch wesentlich mehr Abgänge in die „Stille Reserve in Maßnahmen“ (+ 12,4 %). Diese Entwicklung wurde hauptsächlich bestimmt durch die massive Zunahme der Abgänge älterer Arbeitsloser aufgrund der Regelungen nach § 428 SGB III (+ 94,5 %). Entsprechend ging die Zahl der direkten Übergänge aus Arbeitslosigkeit in den Ruhestand erneut stark zurück (- 24,1 %). Ältere Arbeitslose wurden zunehmend schon vor dem eigentlichen Wechsel in den Ruhestand nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt. Diese Entwicklung setzt sich auch 2003 fort.

Bezüglich der Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Fort- und Weiterbildungsmaß-

men der BA war im ersten Halbjahr 2003 ein kräftiger Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum festzustellen (- 46,9 %). Diese Entwicklung wird auch beeinflusst von den geringeren finanziellen Möglichkeiten der BA. Darüber hinaus könnten Anlaufschwierigkeiten beim Einsatz der Bildungsgutscheine sowie eine stärkere Orientierung der Arbeitsämter am Eingliederungserfolg nach der Maßnahme eine Rolle spielen.

Dagegen sind die Abgänge in „Stille Reserve im engeren Sinn“ und „sonstige Nichterwerbstätigkeit“ kräftig gestiegen. Im vergangenen Jahr gaben deutschlandweit etwa 260.000 Personen mehr als im Vorjahr die aktive Suche nach einem Arbeitsplatz zumindest vorübergehend auf (2002: + 17,5 %; 1. Hj. 2003: + 19,4 %). Allerdings zeigte sich auch in der Gegenrichtung ein überdurchschnittlicher Anstieg der Arbeitslosenzugänge aus „Stiller Reserve im engeren Sinn“ und „sonstiger Nichterwerbstätigkeit“ um deutschlandweit knapp 200.000 Personen (+ 10,7 %). Diese Tendenz setzte sich auch im ersten Halbjahr 2003 fort (+ 9,1 %).⁷

Zu Rückzugs- und Verdrängungseffekten unterschiedlicher Art gibt es also auch entsprechende Gegenströme. Obwohl mit den hier verwendeten Daten kein Nachweis geführt werden kann, ob es sich tatsächlich um die selben Personen handelt, deutet die Entwicklung auf gewisse „Drehtüreffekte“ hin. Ein Teil der Arbeitslosen scheint sich somit nicht dauerhaft von Arbeitsmarkt zurückzuziehen, sondern meldet sich nach einiger Zeit wieder beim Arbeitsamt. Durch das geringere Maßnahmeangebot der Arbeitsämter und die Forderung an die Arbeitslosen nach mehr Eigeninitiative könnten sich die teils kurzfristigen Unterbrechungen verstärkt haben.

⁶ Für 2001 wurde erstmals eine Eingliederungsquote für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik veröffentlicht (Bundesanstalt für Arbeit 2003). Danach gingen ein halbes Jahr nach Ende der ABM und SAM 31,9 % der Maßnahmeteilnehmer einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Für die Eingliederungszuschüsse ist dagegen eine Eingliederungsquote von 73,9 % ausgewiesen. Caliendo/ Hujer/ Thomsen (2003) untersuchen die Erfolgswahrscheinlichkeit eines Abgangs aus Arbeitslosigkeit von Teilnehmern an ABM im Vergleich zu einer Kontrollgruppe anhand von Individualdaten. Es wurden für keine der betrachteten Untergruppen signifikant positive Effekte der Maßnahmen ermittelt. Insbesondere der sog. „Locking-in-Effekt“ (geringere Suchintensität während der Maßnahme) wirkt sich negativ auf die Eingliederungsergebnisse von Teilnehmern aus.

⁷ Darüber hinaus sind die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus „Nichterwerbstätigkeit“ und „Stiller Reserve im engeren Sinn“ im Mai und Juni 2003, wegen einer Änderung im Erfassungsverfahren, um insgesamt etwa 58.000 untererfasst (siehe Monatsberichte der BA).

Verkrustung neben Dynamik

Obwohl eine erhebliche Dynamik am Arbeitsmarkt zu beobachten ist, können viele Personen die Arbeitslosigkeit nicht schnell beenden, zumal bei allgemein schwacher Arbeitsnachfrage. Im Jahr 2002 dauerte eine durchschnittliche Arbeitslosigkeitsperiode 33,4 Wochen und blieb damit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Etwa jeder Dritte Arbeitslose ist bereits ein Jahr oder länger arbeitslos und zählt damit zum Kreis der Langzeitarbeitslosen.⁸ Der Anteil der längerfristig Arbeitslosen steigt tendenziell an, wenn die allgemeine Arbeitslosigkeit sinkt und umgekehrt. Das hängt insbesondere damit zusammen, dass Langzeitarbeitslosigkeit im wesentlichen unabhängig von kurzfristigen Einflüssen ist und erst verzögert und träge auf eine wirtschaftliche Erholung reagiert.

Insgesamt waren seit Januar 2000 durchschnittlich zwischen 1,3 und 1,5 Mio. Personen längerfristig arbeitslos. Langzeitarbeitslose unterscheiden sich von allen Arbeitslosen insbesondere bezüglich ihres Alters, ihrer beruflichen Qualifikation, ihres Geschlechts und ihrer gesundheitlichen Verfassung. So sind mehr Arbeiter und weniger Angestellte unter den Langzeitarbeitslosen. Im September 2002 hatten 37,1 % der Langzeitarbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung, gegenüber 35,1 % unter allen Arbeitslosen. Darüber hinaus steigt das

Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit mit zunehmendem Alter. In der Gruppe der über 45-jährigen ist knapp die Hälfte seit über einem Jahr arbeitslos gemeldet. Obwohl im Jahr 2002 erstmals mehr Männer als Frauen länger als ein Jahr arbeitslos waren (50,6 % Männer; 49,4 % Frauen), ist der Frauenanteil an der Gruppe der Langzeitarbeitslosen größer als unter allen Arbeitslosen. Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen gelingt es häufig nicht, die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres zu verlassen. Ihr Anteil an allen Langzeitarbeitslosen betrug im September 2002 33,3 %.⁹

Ergebnisse der IAB-Arbeitslosenuntersuchung vom Frühjahr 2002 weisen darauf hin, dass das Zusammentreffen mehrerer Risikofaktoren die Eingliederung in Erwerbstätigkeit erschwert (Brixy et al. 2002).

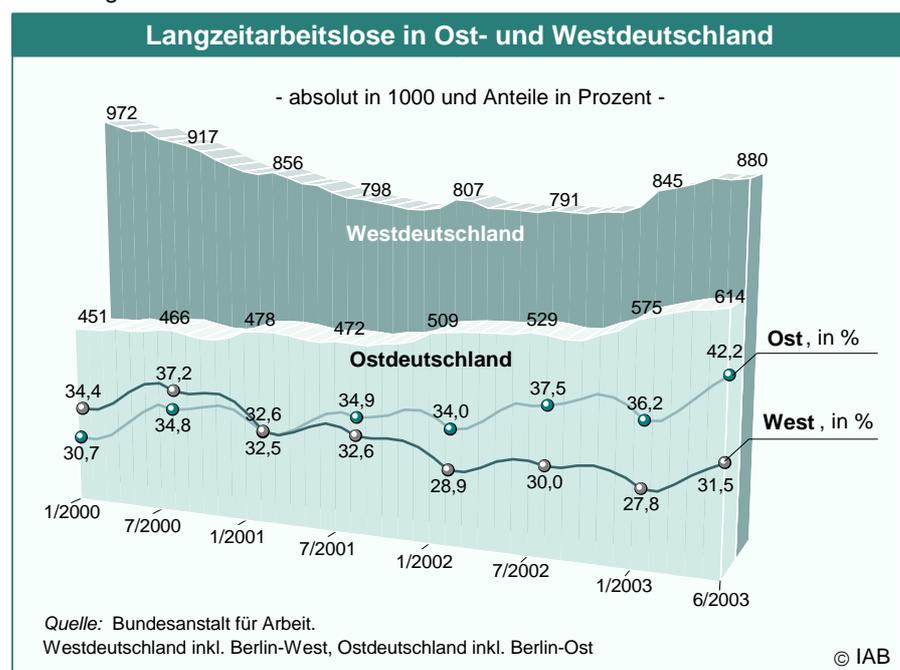
Neben individuellen Merkmalen hat auch die regionale Arbeitsmarktsituation Einfluss auf den Verbleib in Arbeitslosigkeit. So ist Ostdeutschland inzwischen

wesentlich stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Westdeutschland. Seit Anfang 2001 ist der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen im Osten Deutschlands höher als im Westen (vgl. **Abbildung 4**). Auch die absoluten Werte stiegen in den neuen Bundesländern, während sie in den alten zunächst langsam sanken und seit Ende 2002 wieder steigen. Derzeit sind über 35 % aller Arbeitslosen bereits länger als ein Jahr bei den Arbeitsämtern registriert (West: 31,5 %; Ost: 42,2 %).

Neben der hohen Dynamik am Arbeitsmarkt – insbesondere aufgrund erheblicher Zu- und Abgänge bei der Arbeitslosigkeit – gibt es offensichtlich in hohem Maße Verkrustungen. So waren im Dezember 2002 etwa 32 % aller Arbeitslosen seit mindestens einem Jahr arbeitslos und hatten somit während eines Kalenderjahres den Arbeitslosenstatus nicht verlassen. Dieser hohe Anteil an langanhaltender Arbeitslosigkeit ist eine erhebliche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung. Bezieht man darüber hinaus diejenigen Arbeitslosen ein, deren Arbeitslosigkeit nur kurz durch Krankheit oder ein Meldeversäumnis unterbrochen wird, so wird dieses Problem noch deutlicher.

⁹ Detaillierte Informationen zur Langzeitarbeitslosigkeit bietet die Strukturhebung der BA vom September 2002. Download unter: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200212/iii4/st4-langd.pdf>

Abbildung 4



⁸ Die hier verwendeten Daten beruhen auf der Statistik der BA. Durch Befragungen ermittelte Werte liegen jedoch deutlich höher. So ergibt sich für Deutschland aus der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat ein Anteil an Langzeitarbeitslosen von 47,9 % im Jahr 2002 (Eurostat 2003), nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind 49 % aller Erwerbslosen bereits länger als ein Jahr auf Arbeitsuche (Statistisches Bundesamt 2003). Die Differenz zur Statistik der BA hängt u.a. damit zusammen, dass in der amtlichen BA-Statistik auch kurzfristige Unterbrechungen zu einer Beendigung der (Langzeit-)arbeitslosigkeit führen, während die Betroffenen in einer Befragung oft die gesamte Länge der Arbeitslosigkeit angeben. Für eine Erörterung von Messproblemen bei der Erfassung von Langzeitarbeitslosigkeit siehe Karr (1997).

Fazit

Auch bei hoher Arbeitslosigkeit ist eine erhebliche Dynamik zwischen Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit zu verzeichnen.

Erwerbstätigkeit

So sind im Jahr 2002 konjunkturbedingt mehr Personen als im Vorjahr arbeitslos geworden, die vorher am ersten Arbeitsmarkt beschäftigt waren oder einer selbständigen Tätigkeit nachgingen. Zugleich gab es etwa so viele Übergänge aus Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt wie im Vorjahr. Allerdings waren dabei die Abgänge ohne Hilfen der BA rückläufig, während Abgänge mit Eingliederungshilfen wesentlich häufiger waren als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr 2003 waren dagegen wieder mehr Übergänge in ungeforderte Beschäftigung als im Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Dies dürfte zum Teil auf die stärkere Aktivierung von Arbeitslosen zurückzuführen sein.

Rückzug vom Arbeitsmarkt

Weiterhin zeigte sich ein deutlicher Anstieg der Abgänge aus Arbeitslosigkeit in „Stille Reserve“ und „Nichterwerbstätigkeit“. Neben allgemeinen Rückzugstendenzen der Arbeitslosen während einer konjunkturellen Schwächephase dürften für diese Entwicklung auch die verstärkte Aktivierung von Arbeitslosen im Sinne von „Fördern und Fordern“ sowie die Aktualisierung von Bewerberbeständen in den Arbeitsämtern verantwortlich gewesen sein.

Selbständigkeit

Arbeitslose, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen, können weiterhin mit Überbrückungsgeld gefördert werden oder sich seit Anfang 2003 mit einer ICH-AG selbständig machen. Beide Leistungen der Arbeitsämter werden zunehmend genutzt, wohl auch deshalb, weil die Chancen auf eine abhängige Erwerbstätigkeit bei der momentanen Wirtschaftslage eher schlecht sind. Wie dauerhaft

diese neuen Unternehmen sind und ob sie nicht zu Lasten anderer Beschäftigung gehen, bleibt abzuwarten.

Maßnahmen der BA

Die **Abgänge** in Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes (ABM, SAM) waren im Jahr 2002 weiter rückläufig, was tendenziell auch für das erste Halbjahr 2003 gilt. Allerdings zeigt die Abgangsstatistik, dass inzwischen nicht nur ABM und SAM weiter eingeschränkt werden, sondern dass auch weniger Eingliederungszuschüsse in Anspruch genommen werden, die eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt unterstützen sollen. Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung Arbeitsloser nehmen stark ab, wohl auch seitdem die Arbeitsämter stärker auf die Wiederbeschäftigung nach der Maßnahme achten müssen.

Spiegelbildlich nahmen im Jahr 2002 auch die **Zugänge** aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der BA ab (insb. FbW, ABM, SAM). Dies dürfte größtenteils die Rücknahme dieser Instrumente in den vergangenen Jahren reflektieren. Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche stiegen die Übergänge in Arbeitslosigkeit nach Maßnahmen der BA im ersten Halbjahr 2003 jedoch wieder stark an.

Verkrustungen am Arbeitsmarkt

Die Bewegungsbetrachtung soll aber den Blick auf bestehende Verkrustungen nicht verstellen. So gelingt es etwa einem Drittel aller Arbeitslosen nicht, während eines Jahres die Arbeitslosigkeit zu verlassen. Insbesondere in Ostdeutschland ist Langzeitarbeitslosigkeit ein ernstes Problem. In den letzten Jahren stieg dort der Anteil Langzeitarbeitsloser auf über 40 %. Dies stellt eine große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung dar.

Gerade die Vermittlung Langzeitarbeitsloser kann helfen, den Bestand an Arbeitslosen spürbar zu senken (Karr 2002). Wie aber könnte es gelingen, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Am besten wäre es, prä-

ventiv zu handeln und das Profiling zu nutzen. Damit ließen sich frühzeitig jene Arbeitslosen erkennen, die besonderer Hilfe bedürfen und vermutlich nur mit intensiver Betreuung und dem Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wieder in Erwerbstätigkeit gebracht werden können.

Langzeitarbeitslosigkeit

Für etwa 1,5 Mio. Langzeitarbeitslose kommt diese Hilfe zu spät oder war (noch) nicht erfolgreich. Selbst wenn es gelänge, einen Teil dieser Personen mittels einer strikteren Begrenzung der Höhe und Dauer von Transferleistungen in (niedrig entlohnte) Beschäftigung zu bringen, bliebe doch die sozialpolitische Herausforderung bestehen.

Zwar können gezielte und auf diese Problemgruppe zugeschnittene Weiterbildungsmaßnahmen und Eingliederungshilfen deren Chancen am Arbeitsmarkt verbessern. Solange aber die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen unverändert bleiben, werden Neuzugänge in Arbeitslosigkeit – insbesondere wenn sie gering qualifiziert sind – auch weiterhin von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sein. „Bei den Sozialreformen käme es deshalb darauf an, dass der Keil zwischen Arbeitskosten und Nettolohn durch weitere Steuer- und Abgabensenkungen merklich verkleinert wird“ (Koch/ Walwei 2003). Denn die Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe werden maßgeblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der generellen Arbeitskräftenachfrage mitbestimmt. Je günstiger die Gesamtsituation ist, desto größer sind auch die Eingliederungschancen von Langzeitarbeitslosen.

Literatur

Autorengemeinschaft (2003): Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 36. Jg., H. 1, S. 7-45.

Bundesanstalt für Arbeit: Monatsberichte; download unter: <http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/monat/index.html>.

Bundesanstalt für Arbeit (2003a): Arbeitsmarkt 2002. Amtliche Nachrichten der BA.

Bundesanstalt für Arbeit (2003b): Daten zu den Eingliederungsbilanzen 2001 – Ergänzung Eingliederungsquote. Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der BA.

Brix, Udo / Gilberg, Rainer / Hess, Doris / Schröder, Helmut (2002): Was beeinflusst den Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit? IAB-Kurzbericht 1/2002.

Caliendo, Marco / Hujer, Reinhard / Thomsen, Stephan L. (2003): Evaluation der Netto-Effekte von ABM in Deutschland. Ein Matching-Ansatz mit Berücksichtigung von regionalen und individuellen Unterschieden. IAB-Werkstattbericht 3/2003.

Erlinghagen, Marcel / Knuth, Matthias (2002): Kein Turbo-Arbeitsmarkt in Sicht. Fluktuation stagniert – Beschäftigungsstabilität nimmt zu. IAT-Report Nr. 4.

Eurostat (2003): Statistics in Focus. Population and Social Conditions. Theme 3 – 15/2003.

Hollederer, Alfons (2002): Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ein Überblick über empirische Befunde und die Arbeitslosen- und Krankenkassenstatistik. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 35, H. 3, S. 411-428.

Karr, Werner (1997): Die Erfassung der Langzeitarbeitslosigkeit. Ein kaum beachtetes Meßproblem. IAB-Kurzbericht 5/1997.

Karr, Werner (2002): Arbeitsvermittlung: Spielräume für den Abbau der Arbeitslosigkeit in der Flaute. IAB-Kurzbericht 6/2002.

Koch, Susanne/ Walwei, Ulrich (2003): Mehr Beschäftigung durch geringere Transferleistungen? In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. HWWA Hamburg. 83. Jg., H. 5, S. 289-296.

Rudolph, Helmut / Müntnich, Michael (2001): „Profiling“ zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 34. Jg., H. 4, S. 530-553.

Schettkat, Ronald (1997): Der Stromansatz in der Arbeitsmarktforschung. In: Das Wirtschaftsstudium. Jg. 26, H. 2, S. 151-156.

Statistisches Bundesamt (2003): 49 % aller Erwerbslosen länger als ein Jahr auf Arbeitssuche. Pressemitteilung 364 vom 11. September 2003.

Impressum

IABKurzbericht
Nr. 18 / 17.10.2003

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg
Tel.: 0911/179-3025

IAB im Internet:
<http://www.iab.de>
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Thomas Rothe, Tel. 0911/179-3343
oder e-Mail: thomas.rothe@iab.de

ISSN 0942-167X